

II-1100 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
der Nationalräte XV. Gesetzgebungsperiode



Republik Österreich
DER BUNDESKANZLER

A 1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 66 15/0

Zl. 419.633/1-IV/1/80

20. Mai 1980

Herrn

Präsident Anton BENYA

Parlament

453 IAB

1980-05-21

zu 428 U

Die Abgeordneten zum Nationalrat Vetter, Dr. Schüssel und Genossen haben an mich am 20. März 1980 unter Nr. 428/J eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend die Vorlage eines Entwicklungsprogrammes "Waldviertel" gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

"Die Bundesregierung hat in einer Besprechung mit Vertretern der NÖ. Landesregierung am 16.2.1979 ein koordiniertes Entwicklungsprogramm vorgeschlagen, das über die Verstärkung der bestehenden Investitionsförderung hinausgeht und zur Mobilisierung lokaler und regionaler Wirtschaftsressourcen führen wird. In der schriftlichen Anfragebeantwortung vom 14.12.1979, 166/AB, haben Sie mitgeteilt, daß das Österreichische Institut für Raumplanung von Ihnen beauftragt wurde, innerhalb von 3 Monaten einen detaillierten Katalog von Entwicklungsmaßnahmen für das Waldviertel auszuarbeiten. Dieser Katalog soll Grundlage für ein weiteres Gespräch auf politischer Ebene sein.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundeskanzler folgende

A n f r a g e :

- 1) Hat das Österreichische Institut für Raumplanung den von Ihnen angeforderten Detailbericht bereits vorgelegt ?
- 2) Wenn nein, warum nicht ?
- 3) Für welchen Termin ist das von Ihnen angekündigte Gespräch zwischen Bundesregierung und NÖ. Landesregierung festgesetzt ?

- 4) Wird das von Herrn DKfm. Mayer in Ihrem Auftrag entwickelte Fremdenverkehrskonzept Bestandteil des koordinierten Entwicklungsprogrammes werden ?
- 5) Wann ist mit der Fertigstellung, Beschlußfassung und Veröffentlichung dieses Gesamtkonzeptes zu rechnen ?"

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu 1 und 2:

Das Österreichische Institut für Raumplanung erstellt im Auftrag des Bundeskanzleramtes eine Studie "Vorschläge für regionale Entwicklungsmaßnahmen für das Waldviertel". Im Zuge der Bearbeitungen stellte sich heraus, daß es zweckmäßig ist, auch Informationen der Kammern und des Amtes der NÖ Landesregierung bei der Erstellung der Vorschläge für Entwicklungsmaßnahmen zu berücksichtigen. Das Bundeskanzleramt hat daher die Handelskammer Niederösterreich, die Niederösterreichische Landwirtschaftskammer, die Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich und das Amt der NÖ Landesregierung, Abt. R/2, in gleichlautenden Schreiben vom 31. Jänner 1980 gebeten, das Österreichische Institut für Raumplanung bei seinen Erhebungen und Bearbeitungen nach besten Kräften zu unterstützen. Das ÖIR hat in der Folge mit den genannten Stellen Kontakt aufgenommen und überdies mit dem sozialpartnerschaftlich zusammengesetzten "Regionalen Entwicklungsausschuß für das Waldviertel" zahlreiche Informationsgespräche geführt. Das ÖIR steht zudem in laufendem Kontakt mit den fachlich betroffenen Bundesministerien. Es liegt in der Natur des außerordentlich komplizierten und wissenschaftlich anspruchsvollen Vorhabens, bei dem neben Erhebungen und Befragungen an Ort und Stelle zahlreiche Koordinationsaufgaben zu erfüllen sind, daß eine gewisse zeitliche Überschreitung des ursprünglich vereinbarten Termins in Kauf zu nehmen ist. Nach Auskunft des ÖIR ist mit der Lieferung des Endberichtes spätestens Mitte Juni 1980 zu rechnen.

- 3 -

Zu 3:

Nach Lieferung des Endberichtes durch das ÖIR und der notwendigen organisatorischen Vorbereitungen auf Landes- und Bundesseite wird unverzüglich ein Termin für das vorgesehene Gespräch zwischen Bundesregierung und NÖ Landesregierung vereinbart werden.

Zu 4:

Die von DKfm. MAYER erstellte Fremdenverkehrsstudie Waldviertel bildet eine wesentliche Grundlage für die Vorschläge für regionale Entwicklungsmaßnahmen auf dem Gebiet des Fremdenverkehrs und wird vom ÖIR berücksichtigt werden.

Zu 5:

Nach erfolgter Behandlung der vom ÖIR erstellten Vorschläge durch Bund und Land Niederösterreich sollen die als zielführend angesehenen Maßnahmen beim vorgesehenen Gespräch zwischen Bundesregierung und NÖ Landesregierung beschlossen werden.

